

Fraktion **direkt**

17 | 06. Juni 2014

Zur Lage

Mehr Mittel für die Forschung Bund kann künftig mehr für Universitäten tun



Foto: Götz Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der Forschung hat Deutschland in den vergangenen Jahren extrem aufgeholt. In den entsprechenden Ranglisten belegt unser Land mittlerweile durchgängig Spitzenplätze.

Das ist erfreulich, aber kein Grund zur Zufriedenheit. Als Nation ohne großen Rohstoffreichtum müssen unsere Produkte weiter spitze sein, damit wir unsere Stellung als Exportnation Nummer drei auf der Welt und damit auch unseren Lebensstandard halten können. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu. Dadurch ändert sich aber auch nichts an ihrer Richtigkeit.

Forschungsstandort Deutschland wird gestärkt

Die Bundesregierung hat jetzt ein Paket verabredet, das den Forschungsstandort Deutschland in den nächsten Jahren weiter stärken wird. Dies war immer das Ziel der Union. Der Bund wird in den nächsten Jahren drei Milliarden zusätzlich in exzellente Wissenschaft und Forschung investieren. Die Gelder werden sowohl in die Hochschulforschung als auch in die außeruniversitäre Forschung fließen. Damit wird zum Beispiel sichergestellt, dass die IT-Sicherheitsforschung weiter vorangetrieben werden kann, die für die In-

dustrie der Zukunft von enormer Bedeutung ist.

Seit Beginn der Kanzlerschaft von Angela Merkel ist der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um über 80 Prozent gestiegen. Das zeigt: CDU und CSU kündigen nicht nur an, dass Deutschland ein Land der Spitzenforschung und -technologie sein muss. Sie tun auch etwas dafür. Damit dies auch künftig möglich ist, soll nun – nach der Verständigung mit der SPD – endlich das Grundgesetz geändert werden. Der Bund wird danach Hochschulen dauerhaft Mittel für bedeutende nationale Projekte zur Verfügung stellen können. Damit erhalten sie nicht zuletzt mehr Planungssicherheit.

*„Wir bilden nicht nach den
Bedürfnissen der Wirtschaft aus“*

Natürlich gibt es noch Bereiche, in denen wir Handlungsbedarf haben. Insbesondere trägt der Boom an den Hochschulen dazu bei, dass wir gegenwärtig auch an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei ausbilden. Um es deutlich zu sagen: Wenn wir jetzt nichts tun, werden wir in Zukunft zu viele Akademiker, aber zu wenig Facharbeitskräfte oder qualifizierte Handwerker haben.

Deshalb gilt es, nicht nur einseitig die Hochschulen zu stärken, sondern auch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Berufsbildung umzusetzen. Um die Attraktivität der gewerblichen Berufe zu erhalten, müssen aber auch die Arbeitgeber ihren Teil dazu beitragen. Gute Löhne sind für die jungen Leute ein gutes Argument, sich für einen nichtakademischen Beruf zu begeistern.



Inhalt

Mehr Mittel für die Forschung	1
Verlässlicher Bündnispartner	2
Großbritannien einbinden	3
„Es muss fair am Arbeitsmarkt zugehen“	5
„Echte Aufbruchstimmung in der Ukraine“	6
Neun Milliarden für Bildung und Forschung	7
Al-Sisi muss echte Demokratie aufbauen	8
Brücken bauen zwischen Kirche und Politik	9
Letzte Seite	10

Kommentar

Verlässlicher Bündnispartner

Diplomatie und militärische Verantwortung



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In dieser Woche haben wir zum 15. Mal den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo verlängert. Das KFOR-Mandat besteht seit 1999, seitdem auch mit deutscher Beteiligung. Zurzeit dienen in dem Balkanstaat 1.850 deutsche Soldatinnen und Soldaten. Die unter Leitung der NATO stehende Kosovo-Truppe hat unter anderem den Auftrag, ein sicheres Umfeld in dem ehemaligen Kriegsgebiet zu garantieren, und unterstützt die einheimischen Kräfte bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Außerdem haben wir in dieser Woche die Verlängerung des UNIFIL-Mandats, an dem Deutschland seit 2006 beteiligt ist, diskutiert. Direkt nach dem Ende des Libanon-Krieges wurden deutsche Soldaten im Rahmen dieser UN-Mission ins östliche Mittelmeer entsendet, um dort nicht nur eine libanesische Marine aufzubauen, sondern auch das Seegebiet zu überwachen, Waffenschmuggel zu verhindern und die Grenzen des Libanon zu sichern. Insgesamt 300 deutsche Soldatinnen und Soldaten leisten hier ihren Beitrag.

Diese Beispiele zeigen, dass Deutschland inzwischen ein wichtiger und integraler Bestandteil einer europäischen, einer internationalen

Sicherheitspolitik ist. Wir haben seit 1994 schon mehr als 240 Mal über Auslandseinsätze der Bundeswehr diskutiert. Die Bundeswehr trägt inzwischen auf mehreren Kontinenten zur Stabilisierung der Sicherheitslage bei.

Wir leben heute in einem friedlichen Europa und sind umgeben von stabilen Demokratien. Wir sind Teil des stärksten Militärbündnisses der Welt, der NATO, und sind eingebettet in die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europä-

ischen Union. Dennoch wäre es fatal zu glauben, dass die Sicherheit Deutschlands und Europas allein dadurch schon gewährleistet ist. Die Krise in der Ukraine hat uns wieder gezeigt, wie schnell ernsthafte Konflikte entstehen können. Wir sind in einer globalisierten Welt eng miteinander verknüpft.

Deutschland wird nie rein militärische Konfliktlösungen unterstützen, sondern immer versuchen, auf diplomatischem Weg zur Deeskalation beizutragen. Davon lässt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel auch in der aktuellen Ukraine-Krise leiten. Gespräche und Sanktionen sind dem Einsatz von Waffen immer vorzuziehen. Aber es ist für uns Deutsche auch nicht mehr möglich, militärische Einsätze kategorisch abzulehnen.

Deutschland stellt sich, so haben wir es auch im Koalitionsvertrag formuliert, seiner internationalen Verantwortung, denn wir wollen die globale Ordnung aktiv mitbestimmen. Basis dessen ist unsere werte- und interessengeleitete Außenpolitik. Wir setzen uns weltweit für Frieden und Freiheit sowie für eine gerechte Weltordnung ein und halten an geltendem Völkerrecht fest. Deutschland hat sich in den vergangenen zwei Legislaturperioden mit einer CDU-Kanzlerin zu einem verlässlichen starken Bündnispartner entwickelt.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Großbritannien einbinden

Kanzlerin Merkel für Juncker als nächsten EU-Kommissionspräsidenten – Aber Vorbehalte Londons ernst nehmen

In die Kür eines neuen EU-Kommissionspräsidenten will Bundeskanzlerin Angela Merkel Großbritannien eng einbinden. Vor dem Bundestag stellte sich Merkel am Mittwoch hinter den Kandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP), Jean-Claude Juncker, der an die Spitze der Brüsseler Behörde strebt. Gleichzeitig sprach sie sich dafür aus, auf die Vorbehalte Großbritanniens gegen Juncker einzugehen. Bei der Suche nach einer Lösung gehe „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“.

Die Europäische Volkspartei – die konservative Parteienfamilie, zu der auch CDU und CSU gehören – hatte die Europawahl am 25. Mai mit fast 30 Prozent der Stimmen europaweit gewonnen. Damit kann sie den Anspruch erheben, den zukünftigen Kommissionspräsidenten zu stellen. Der Europäische Rat muss laut Lissabon-Vertrag dem Europaparlament einen Kandidaten mit qualifizierter Mehrheit vorschlagen, das diesen dann per Wahl bestätigen oder ablehnen kann. Das Ergebnis der Europawahl muss dabei berücksichtigt werden.

Bis zum nächsten Gipfel Lösung angestrebt

Die stärksten Fraktionen des Europaparlaments hatten zügig nach der Wahl angeboten, den ehemaligen Ministerpräsidenten Luxemburgs und früheren Euro-Gruppenchef Juncker als Kandidaten zu akzeptieren. Im Rat der Staats- und Regierungschefs traf der Vorschlag indes nicht auf einhellige Zustimmung. So sprach sich neben Ungarn und Schweden insbesondere Großbritannien gegen Juncker aus. Auf Anraten der Kanzlerin wurde daraufhin der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, damit beauftragt, bis zum Gipfel Ende Juni mit allen Beteiligten eine Lösung auszuarbeiten. Dabei soll auch das Arbeitsprogramm der Kommission für die nächsten fünf Jahre erörtert wer-



Kanzlerin gibt Regierungserklärung zur Europäischen Union ab

den. Gute Ergebnisse in Brüssel, bei denen alles bedacht werde, seien selten überstürzt zustande gekommen, mahnte die Kanzlerin vor dem Bundestag.

Merkel bekräftigte in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch, dass sie sich für eine Wahl Junckers zum EU-Kommissionspräsidenten einsetze. Gleichzeitig warb sie darum, den Vorbehalten des britischen Premiers David Cameron Rechnung zu tragen. Die Lockerheit, mit der manche sich über die Befindlichkeit Großbritanniens hinwegsetzten, halte sie für „grob fahrlässig“, betonte die Kanzlerin. „Es ist alles andere als gleichgültig, unwichtig oder egal“, ob Großbritannien zustimme oder nicht, ob Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibe oder nicht. In Großbritannien war die euroskeptische Partei UKIP, die einen Austritt des Landes aus der EU anstrebt, als Sieger aus der Europawahl hervorgegangen.

Auch die regierenden Tories drohen mit einem Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU, falls diese sich nicht reformiert. London sei „wahrlich kein bequemer Partner“, sagte die Kanzlerin. Es habe von Europa schon viel bekommen, aber es habe Europa auch schon viel gegeben.

Mit Großbritannien teile Deutschland Werte und Interessen. Gemeinsam verfolgten sie das Ziel einer wettbewerbsfähigen Europäischen Union.

„Wir müssen die Europäische Union noch besser machen“

Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nannte Merkel auch als Rezept gegen die „dramatische“ Skepsis vieler Europäer, die in ihren Mitgliedsländern europakritischen und populistischen Parteien ihre Stimme gegeben haben. „Wir können und wir müssen die Europäische Union noch besser machen“, mahnte die Kanzlerin. Das könne gelingen, wenn die EU sich in den nächsten fünf Jahren auf das Wesentliche konzentriere, wenn sie sich an selbst gegebene Regeln und Verträge halte. Sie zeigte sich erfreut darüber, dass in Deutschland die Mehrheit der Wähler sich eindeutig für Europa ausgesprochen hat.



Foto: picture alliance / dpa

Gruppe der Sieben tagt in Brüssel

„Gruppe der Sieben ist eine Wertegemeinschaft“

Erstes Treffen ohne Russland nach 16 Jahren – Staats- und Regierungschefs sichern Ukraine Unterstützung zu

16 Jahre lang trafen sich die Staats- und Regierungschefs der bedeutendsten Industrienationen in der Gruppe der Acht (G-8). Kurz nachdem Russland im März die zur Ukraine gehörende Schwarzmeer-Halbinsel Krim annektiert hatte, wurde es aus dem illustren Kreis ausgeschlossen. Statt im russischen Sotschi kamen die verbleibenden sieben Staaten – die USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland – nun am Mittwoch und Donnerstag in Brüssel zu ihrem Gipfeltreffen zusammen. Im Mittelpunkt stand die Ukraine-Krise. Bundeskanzlerin Angela Merkel rechtfertigte das Vorgehen der Gruppe der Sieben in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch vor dem Bundestag. Die G-7 sei schließlich nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft, sagte sie. Die Wahrung des Völkerrechts sei ihr ein Anliegen.

In einer gemeinsamen Erklärung sicherten die Staats- und Regierungschefs der G-7 der Ukraine ihre Unterstützung zu. Russland forderten sie auf, seine Streitkräfte vollständig von der ukrainischen Grenze zurückzuziehen, den Zustrom von Waffen und Aktivisten in das Nachbarland zu unterbinden und seinen Einfluss auf die prorussischen Separatisten geltend zu machen, damit sie die Gewalt im Osten der Ukraine beenden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in ihrer Regierungserklärung erklärt, das Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine stünden nicht zur Disposition.

„Sanktionen sind kein Selbstzweck“

Merkel rief Russland dazu auf, zur Stabilisierung der Situation im Osten der Ukraine beizutragen. Wenn es nicht zur Deeskalation komme, „werden wir uns nicht scheuen, weitere Sanktionen zu verhängen“, verkündete die Kanzlerin in Richtung Moskau. Dabei stellte sie klar: „Sanktionen sind kein Selbstzweck, wir wollen sie nicht. Wir wollen eine enge Partnerschaft mit Russland.“ Wenn Strafmaßnahmen aber unerlässlich seien, um die Ukraine auf ihrem selbstbestimmten Weg zu schützen, werde man sie ergreifen.

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine, aus der der frühere Minister und Unternehmer Petro Poroschenko als klarer Sieger hervorgegangen war, würdigte die Kanzlerin mit den Worten: „Die große Mehrheit der Ukrainer hat sich nicht einschüchtern lassen, sondern hat eine entschlossene Antwort gegeben.“ Angesichts der Tatsache, dass der Unternehmer auch im Osten des Landes mit großer Mehrheit gewählt worden ist, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff: „Poroschenko ist der Präsident aller Ukrainer.“

Poroschenko verdient die Unterstützung des Westens

Merkel forderte Poroschenko auf, gemeinsam mit der Regierung unter Ministerpräsident Arseni Jazenjuk die auf den Weg gebrachten Reformen fortzusetzen: die Novellierung der Verfassung, die Dezentralisierung des Landes, den nationalen Dialog mit allen Kräften, die sich von Gewalt distanzieren. Vom G-7-Gipfel müsse das Signal ausgehen: Poroschenko „verdient unsere Unterstützung“.

Schockenhoff forderte Moskau zu konstruktiven Gesprächen über die Lösung der Ukraine-Krise auf. Er warnte die internationale Gemeinschaft davor, die Annexion der Krim einfach als Tatsache hinzunehmen. Dies wäre nichts anderes als die Anerkennung eines Völkerrechtsbruchs. Gerade Deutschland, das nach 40 Jahren der Teilung wiedervereinigt werden konnte, sei ein Beispiel dafür, dass auch die Krim irgendwann wieder zur Ukraine gehören könne.

„Es muss fair am Arbeitsmarkt zugehen“

Mindestlohn-Gesetz in der parlamentarischen Beratung



© benjaminmoite - Fotolia.com

Zum 1. Januar soll ein einheitlicher Mindestlohn von 8,50 Euro in ganz Deutschland eingeführt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der großen Koalition beriet der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung. Danach soll es Ausnahmen in den kommenden zwei Jahren nur für Branchen mit einem Tarifvertrag geben, der im Moment noch geringere Stundenlöhne vorsieht.

„Es muss fair am Arbeitsmarkt zugehen. Wir werden den Menschen helfen“, betonte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling, bei der Debatte im Plenum. Er verwies darauf, dass die Tarifbindung in den letzten Jahren abgenommen habe. In manchen Branchen habe dies dazu geführt, dass die Arbeitnehmer nicht mehr ausreichend vor Lohndumping geschützt seien. Für die Union steht die Tarifautonomie im Mittelpunkt ihrer Politik. „Der Deutsche Bundestag wird einmal die Marke 8,50 Euro setzen und danach die Verantwortung einer Tarifkommission aus Arbeitgebern und Gewerkschaften übertragen“, sagte Schiewerling.

Der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer unterstrich, dass sich bran-

chenbezogene Mindestlöhne in den vergangenen Jahren bewährt hätten. Er bezeichnete einen allgemeinen Mindestlohn als „Schlussstein“ dieser Entwicklung. Der Arbeitsmarkt müsse anders behandelt werden als die Märkte, die vollkommen vom Wechselspiel aus Angebot und Nachfrage geleitet werden. „Das sind wir als Christdemokraten unserem Bild von Arbeit und unserem Bild des Menschen auch schuldig“, hob Zimmer hervor.

Korrekturen geplant

Zimmer kündigte an, dass die Unionsfraktion in der Ausschussberatung noch einige Korrekturen am Gesetzentwurf vornehmen wolle. Dies betreffe Regelungen zur Generalunternehmerhaftung und für Praktikanten. Gerade in geisteswissenschaftlichen Fächern bildeten Praktika häufig erste wichtige Brücken in den Arbeitsmarkt, die nicht verbaut werden dürfen.

Der CDU-Politiker kritisierte, dass sich Gewerkschaften und Arbeitgeber künftig bei den regelmäßigen Anhebungen des Mindestlohns lediglich an einem durchschnittlichen Lohnin-

dex orientieren wollten. Doch die Höhe des Mindestlohns sei Sache von Arbeitgebern und Gewerkschaften in der neu einzurichtenden Kommission, betonte Zimmer. „Ich will schon, dass sich die Kommission die Arbeit macht, ihren Vorschlag an Kriterien auszurichten und genau zu begründen.“

Ausnahmen vom Mindestlohn

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass es nur wenige Ausnahmen vom Mindestlohn geben soll. Sie betreffen Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Auszubildende, Behinderte in eigens für sie eingerichteten Werkstätten, ehrenamtlich Tätige und Praktikanten, die entweder ein Pflichtpraktikum absolvieren oder ein freiwilliges Orientierungspraktikum von maximal sechs Wochen machen.

Für Langzeitarbeitslose, die in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden sollen, gilt der Anspruch auf den Mindestlohn für die ersten sechs Monate ihrer Beschäftigung nicht. Die Bundesregierung soll Anfang 2017 überprüfen, ob diese Ausnahme zu besseren Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose geführt hat.

„Echte Aufbruchstimmung in der Ukraine“

Karl-Georg Wellmann über die Präsidentschaftswahl – Poroschenko für klare Westorientierung des Landes



Foto: Laurence Chaperon

Karl-Georg Wellmann
Vorsitzender der deutsch-ukrainischen
Parlamentariergruppe

In der Ukraine ist erwartungsgemäß der Unternehmer Petro Poroschenko als Sieger aus der Präsidentschaftswahl hervorgegangen. Über die Wahl, die bürgerkriegsähnliche Situation im Osten des Landes und das Verhalten Russlands sprach „Fraktion direkt“ mit dem Vorsitzenden der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, Karl-Georg Wellmann.

Herr Wellmann, Sie waren als OSZE-Wahlbeobachter in Kiew. Welche Eindrücke von der Stimmung im Land haben Sie mitgenommen?

Wellmann: Meine Kollegen und ich haben eine echte Aufbruchstimmung wahrgenommen. Wen man auch fragte, die Leute wollen eine neue Ukraine, stabile demokratische Verhältnisse und eine Hinwendung zu Europa. Wir wurden überall außerordentlich freundlich aufgenommen. Die OSZE hat die Wahlen übrigens in vollem Umfang anerkannt.

Der Sieger der Präsidentschaftswahl, Poroschenko, war zeitweilig auch Minister unter dem geflohenen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Trauen Sie ihm einen Kurs für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu?

Wellmann: Er macht einen tatkräfti-

gen und entschlossenen Eindruck und hat uns gesagt, dass die Westorientierung der Ukraine für ihn nicht verhandelbar ist. Die Assoziierung mit der EU bedingt die Einführung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards. Er weiß, dass sein Land nur noch diese eine Chance hat. Poroschenko, der fließend Englisch spricht, hat sich mit dem populären Vitali Klitschko verbündet. Der wurde am selben Tag mit großer Mehrheit zum Bürgermeister von Kiew gewählt. Zusammen können sie es schaffen, da bin ich optimistisch.

Welche Schritte muss Poroschenko als erstes einleiten, um die Ukraine zu reformieren?

„Alle Landesteile müssen in den Reformprozess eingebunden werden“

Wellmann: Alle Landesteile müssen in einen Reformprozess eingebunden werden. Die Regionen brauchen mehr Verantwortung für die Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Poroschenko hat wiederholt gesagt, dass er Reformen nach dem Vorbild westlicher Demokratien will. Und die Menschen müssen jetzt eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erleben. Deutschland und die EU tragen hierbei eine große Verantwortung.

Aus Russland sickern Kämpfer und Waffen über die Grenze in die Ukraine. Müssen gegen Moskau nicht doch allmählich Wirtschaftssanktionen verhängt werden?

Wellmann: Russland hat die Schwarzmeer-Halbinsel Krim gewaltsam annektiert und trägt auch die Verantwortung für die Gewalt im Osten der Ukraine. Ohne Wissen und Wollen

Moskaus kämen bewaffnete Einheiten nicht so massenhaft über die Grenze. Wenn diese Versuche der Destabilisierung nicht sofort aufhören, werden Sanktionen unausweichlich. Die internationale Staatengemeinschaft kann es nicht hinnehmen, dass ein Land in Europa territoriale Interessen mit militärischer Gewalt durchsetzt. Unsere Antwort auf das blutige 20. Jahrhundert ist die gewaltfreie Überwindung solcher Konflikte durch ein vereintes Europa.

Im Osten der Ukraine kämpfen die prorussischen Separatisten weiter für eine Abspaltung. Kann die territoriale Integrität des Landes gewahrt werden?

Wellmann: Das kann gelingen. Poroschenko hat in allen Landesteilen die Mehrheit bekommen. Seine Konkur-

renten sind weit abgeschlagen. Erstmals ist damit die Ost-West-Spaltung der Ukraine überwunden worden. Und es ist eine gute Nachricht, dass die Wähler den Rechtsradikalen eine klare Absage erteilt haben. Die haben weniger als zwei Prozent bekommen. Damit hat sich die Propagandalüge erledigt, dass in Kiew Faschisten am Werk seien. Die Ukrainer haben verantwortungsbewusster gewählt, als manche Bürger von EU-Mitgliedsländern bei der Europawahl. Poroschenko hat mit dem deutlichen Sieg schon im ersten Wahlgang das nötige Gewicht und die Legitimation für seine schwere Aufgabe bekommen. Eine westlich orientierte Ukraine kann ein großer Gewinn für Europa sein. Dafür bietet das rohstoffreiche Land mit seinen gut ausgebildeten Ingenieuren und Facharbeitern und einer hochmotivierten jungen Generation alle Voraussetzungen.

Neun Milliarden für Bildung und Forschung

„Fraktion direkt“ beantwortet Fragen zur Einigung der Koalition



Foto: picture alliance / Sueddeutsche

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Allgemeinen und die Lebenschancen der Menschen im Besonderen von überragender Bedeutung. Deshalb haben CDU/CSU und SPD vereinbart, neun Milliarden Euro in Schulen, Hochschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zu stecken. Welche Gelder wohin fließen, erklärt „Fraktion direkt“.

Welche Summen investiert der Bund zusätzlich in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung?

Insgesamt gibt der Bund pro Jahr rund 13,5 Milliarden Euro für Forschung und Innovation aus. Hinzu kommen nun drei Milliarden Euro über drei Jahre. Insgesamt investiert der Bund demnach in der laufenden Legislaturperiode rund 57 Milliarden Euro in Forschung und Innovation.

Auf welchen Gebieten werden die Länder finanziell entlastet?

Der Bund entlastet die Länder damit um sechs Milliarden Euro.

So übernimmt er von den Ländern auf Dauer deren Bafög-Anteil von 35 Prozent. Dies entspricht fast 1,2 Milliarden Euro pro Jahr, Tendenz steigend. Denn die nächste Bafög-Anpassung ist für 2016 vorgesehen. Das Land Nordrhein-Westfalen etwa spart durch die Verlagerung der Bafög-Las-

ten auf den Bund rund 250 Millionen Euro pro Jahr, Bayern rund 150 Millionen Euro im Vergleich zu 2012.

Das Sondervermögen für Kinderbetreuung wird um zunächst 550 Millionen Euro aufgestockt. Außerdem wird der Bund 2017/2018 den Festbetrag an der Umsatzsteuer zugunsten der Länder um jeweils 100 Millionen Euro erhöhen.

Schließlich sind weitere Mittel des Bundes für die anteilige Finanzierung von zusätzlichen Studienplätzen vorgesehen.

Wofür werden die freien Mittel verwendet?

Die Länder haben sich politisch verpflichtet, die frei werdenden Mittel in Höhe von sechs Milliarden Euro zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule zu verwenden.

Wie viel Geld fließt in die Finanzierung von Kinderkrippen und Kitas?

Kinderkrippen und Kitas profitieren von der Aufstockung des Sondervermögens für Kinderbetreuung, also insgesamt in Höhe von rund 750 Millionen Euro.

Die Höhe der Bundesausbildungsförderung wurde seit 2010 nicht mehr angepasst. Wann und in welcher Höhe wird das Bafög erhöht?

Im Augenblick liegt der Bafög-Index noch über dem Index der Lebenshaltungskosten, so dass noch keine Erhöhung der Sätze geboten ist. Die Koalition strebt daher erst zum Wintersemester 2016/2017 die nächste Anpassung an. Dabei sollen aber nicht nur einfach Bedarfssätze und Freibeträge erhöht werden. Vielmehr sind auch wichtige strukturelle Verbesserungen geplant.

Seit 2006 darf sich der Bund laut Grundgesetz nicht mehr in die Bildungspolitik der Länder einmischen. Fällt dieses sogenannte Kooperationsverbot jetzt?

Der Begriff „Kooperationsverbot“ ist irreführend. Denn der Bund unterstützt die Länder bereits massiv in der Bildungspolitik. Mit dem Hochschulpakt etwa beteiligt er sich an den Kosten der zusätzlich benötigten Studienplätze. Mit dem Qualitätspakt Lehre sorgt er für bessere Studienbedingungen. Problematisch ist, dass Maßnahmen derzeit nur befristet möglich sind. Die Hochschulen brauchen aber Planungssicherheit. Deshalb soll nun im Grundgesetz festgeschrieben werden, dass der Bund in Fällen überregionaler Bedeutung Hochschulen auch dauerhaft unterstützen kann. Dafür müssen aber alle Länder zustimmen. Im Schulbereich soll sich nichts ändern.

Al-Sisi muss echte Demokratie aufbauen

Schockenhoff führte vor der Wahl Gespräche in Kairo

Aus der Präsidentschaftswahl in Ägypten ist erwartungsgemäß der ehemalige Armeechef Abdel Fattah al-Sisi als Sieger hervorgegangen. Der neue Präsident steht nun vor enormen Herausforderungen für sein Land, das eines der gewichtigsten in der arabischen Welt und für Europa ein wichtiger Partner ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bereit, Ägypten zu unterstützen, allerdings nur wenn der neue Präsident auch bestrebt ist, eine Demokratie aufzubauen, die für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten steht.

Noch vor der Wahl ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff zusammen mit den Abgeordneten Johannes Selle und Alexander Radwan nach Ägypten gereist, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Dabei versicherte die deutsche Delegation ihren ranghohen Gesprächspartnern aus Politik und Wirtschaft, dass die Unionsfraktion im Rahmen der Transformationspartnerschaft das ägyptische Volk weiterhin dabei unterstützen werde, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für alle Ägypter zu verbessern. Allerdings hielt sie diese auch dazu an, eine echte demokratische Entwicklung zu fördern und Grundrechte zu gewährleisten.

Die CDU/CSU-Politiker ermutigten die ägyptischen Gesprächspartner, wirtschaftliche Strukturreformen anzugehen, um so ein besseres Unternehmensumfeld zu schaffen und Investitionen anzulocken. Auch müsse der Zugang zu Bildung verbessert werden – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Damit sich Ägypten finanziell konsolidiere, müsse der neue Präsident auch unbeliebte Maßnahmen, etwa Subventionskürzungen, durchsetzen. Die Delegation bot Begleitung, Beratung und Investitionen an, damit vor allem junge Menschen Arbeit und Ausbildungsplätze bekommen.

Polarisierung der Gesellschaft überwinden

Der neue Präsident muss nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion die Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft überwinden helfen. Die Fraktion fordert, dass al-Sisi alle Ägypter auf dem Weg in die Zukunft mitnimmt. Auch die Muslimbrüder – die Partei des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi – müssen hierbei beteiligt werden, sofern sie der Gewalt abgeschworen haben und zur Versöhnung bereit sind. Denn Ägyptens Probleme können nur durch Dialog und Kompromisse gelöst werden.

der verschiedenen politischen Positionen im künftigen Parlament führen. Damit das Ergebnis des Urnengangs glaubwürdig ist, müssen alle politischen Kräfte die gleichen Ausgangsbedingungen im Wahlkampf haben, und die Wahl muss transparent verlaufen.

Religionsfreiheit gewähren

Der Aufbau einer soliden und tragfähigen Demokratie wird nach Auffassung der Fraktion nur gelingen, wenn demokratische, transparente und verantwortungsvolle Institutionen geschaffen werden, die alle Ägypter



Foto: dpa / picture alliance

Allerdings musste die Fraktionsdelegation während ihrer Gespräche in Kairo zur Kenntnis nehmen, dass es keine Ansätze gibt, um alle Seiten vollständig in den Prozess der Versöhnung einzubeziehen. Auch stellte sie fest, dass Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt sind. Die nun anvisierten Parlamentswahlen müssen zu einer demokratisch gewählten Regierung und einer angemessenen Vertretung

schützen. Unbedingt müssen nun auch die in der neuen Verfassung gewährten Grundrechte für die Menschen in Ägypten erfahrbar werden. Das bedeutet auch, dass Religionsfreiheit lebbar wird. Die koptischen Christen müssen sich frei zu ihrem Glauben bekennen können. Während ihres Aufenthalts in Kairo traf die Delegation, wie während früherer Reisen auch, mit koptischen Vertretern aus Politik und Gesellschaft zusammen.

Brücken bauen zwischen Kirche und Politik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem Katholikentag in Regensburg



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung auf dem Katholikentag

Auf dem 99. Katholikentag in Regensburg hat die CDU/CSU-Fraktion mit einer großen Zahl von Abgeordneten Präsenz gezeigt. Unter dem Motto „Mit Christus Brücken bauen“ diskutierten rund 80.000 Gläubige an insgesamt fünf Tagen auf Podien, in Gesprächsrunden und auf dem sogenannten Markt der Möglichkeiten über aktuelle gesellschaftliche Themen, die Zukunft ihrer Kirche und ihren Glauben. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion bauten dabei Brücken zwischen Kirche und Politik. So traten sie für die Positionen und Grundwerte einer am christlichen Menschenbild orientierten Politik ein.

Schon die Eröffnung des Katholikentages auf dem Regensburger Domplatz stand ganz unter dem Symbol der Brücke als verbindendem Element über Grenzen und Gräben hinweg. In seinem Grußwort erinnerte Papst Franziskus an die Teilung Deutschlands und ihre Überwindung. Er beschrieb, wie die Gläubigen und ihre Gebete Ausgangspunkt der Demonstrationen waren, die den Weg zum Mauerfall mit bereiteten. Als „Zumutung“ an die Menschen beschrieb Bundespräsident Joachim Gauck die heutige Rolle des Glaubens. Der Glaube sei eine Herausforderung an jeden

Einzelnen, sich selbst und das eigene Tun und Handeln immer wieder zu hinterfragen.

Auf dem traditionellen Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung mahnte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und kirchenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Josef Jung, „energisch die Stimme zu erheben, wenn Menschen aufgrund ihrer Religion verfolgt werden, wenn die Menschenrechte mit Füßen getreten werden – konkret auch bei der Verfolgung von Christen“. Er erinnerte an aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen, z.B. an die im Sudan zum Tode verurteilte Christin oder an die in Nigeria entführten Schülerinnen.

Gegen organisierte Sterbehilfe

An vielen Stellen könnten Christen Brücken bauen. So zeige sich beim Thema Sterbehilfe der verantwortungsvolle Umgang mit der im Grund-

Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion war der Katholikentag erfolgreich. „Für mich war der Katholikentag ein Fest des Glaubens: trotz anfänglich scheußlichen Wetters bunt und fröhlich, mit viel Engagement der Verbände und Diözesen, bei dem auch schwierige oder komplexe Fragen für die Kirche offen diskutiert wurden“, beschrieb Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin und Präsidentin des Katholischen Frauenbundes, ihre Eindrücke.

Im Dialog mit den Verbänden

Den Dialog speziell mit den katholisch-sozialen Verbänden suchte die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Leitung von Peter Weiß. „In der Vergangenheit haben die Katholikentage zentrale christlich-soziale Fragen aufgegriffen und den Weg für unsere Sozialordnung in Deutschland geebnet. Vor dem Hintergrund sich verändernder



Politiker von CDU und CSU bauen Brücken

gesetz garantierten Würde des Menschen. „Wir müssen die organisierte Sterbehilfe, insbesondere dort, wo sie gewerbsmäßig oder geschäftsmäßig betrieben wird, unterbinden. Als Antwort für die Menschen müssen Palliativmedizin und Hospize gestärkt werden“, sagte Jung.

Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft ist der Dialog zwischen den Menschen die Voraussetzung, um die sozialen Errungenschaften in unserem Land zu erhalten und den Bedürfnissen unserer Zeit anzupassen“, erklärte Peter Weiß.

15 Millionen mit Migrationshintergrund

In Deutschland wohnen etwa 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Wie das Statistische Bundesamt anhand der Ergebnisse des Zensus 2011 mitteilte, entspricht dies einem Bevölkerungsanteil von 19,2 Prozent. Zu Menschen mit Migrationshintergrund zählen Ausländer sowie deutsche Staatsbürger, die nach 1955 zugewandert sind oder bei denen mindestens ein Elternteil nach 1955 nach Deutschland kam. Mehr als die Hälfte (60,2 Prozent) der Personen mit Migrationshintergrund sind Deutsche, 39,8 Prozent sind Ausländer. Zugewanderte (63 Prozent) machen weit mehr aus als die in Deutschland Geborenen (37 Prozent).

Die Menschen mit Migrationshintergrund sind deutlich jünger (durchschnittlich 35 Jahre) als die Menschen ohne Migrationshintergrund (durchschnittlich 45 Jahre). Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund ist minderjährig.

Migranten leben fast ausschließlich (96,7 Prozent) in den westlichen Bundesländern und Berlin. 43,4 Prozent der Migranten wohnen in Großstädten mit mindestens 100.000 Einwohnern.

Im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind Migranten zu zwei Dritteln (66,6 Prozent) und Personen ohne Migrationshintergrund zu drei Vierteln (75,9 Prozent) erwerbstätig. Dieser Unterschied ist bei Frauen noch deutlicher ausgeprägt als bei Männern: 40,2 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter mit Migrationshintergrund sind nicht erwerbstätig (27,9 Prozent der Frauen ohne Migrationshintergrund). Dagegen sind 26,5 Prozent der Männer im erwerbsfähigen Alter mit Migrationshintergrund nicht erwerbstätig (20,3 Prozent der Männer ohne Migrationshintergrund).



Zeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 24. Juni 2014 Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2. Juli 2014 Fachgespräch: Chancenkontinent Afrika – Herausforderung Bildung und Ernährung
- 7./8. Juli 2014 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes mit dem ÖVP-Parlamentsklub
- 3./4. Sept. 2014 Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

Auch hinsichtlich der Schulabschlüsse unterscheiden sich die Migranten deutlich von den Personen ohne Migrationshintergrund: 15,5 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund von mindestens 15 Jahren haben keinen Schulabschluss, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil 2,3 Prozent. Personen, die selbst zugewandert sind, weisen besonders häufig keinen Schulabschluss auf (18,8 Prozent). Bereits in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund haben mit 5,3 Prozent aber anteilig immer noch mehr als doppelt so häufig keinen Schulabschluss wie

Personen ohne Migrationshintergrund (2,3 Prozent).

Die durchschnittliche Haushaltsgröße für Personen mit Migrationshintergrund beträgt 3,4 Personen, während Personen ohne Migrationshintergrund in Haushalten mit durchschnittlich 2,7 Personen leben. Während Migranten am häufigsten in Vierpersonenhaushalten wohnen (24,1 Prozent), dominieren bei Personen ohne Migrationshintergrund Zweipersonenhaushalte (34,1 Prozent). Die klassische Familie mit Ehepaaren und Kindern kommt bei Migranten häufiger vor (54 Prozent) als bei Einheimischen (37,2 Prozent).

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/ff



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt